

Beschluss Solidarität mit der queerfeministischen Besetzung in der Wuhlheide!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Die Wuhlheide ist einer der größten Wälder in Berlin und für Klimaschutz und Naherholung
2 extrem wichtig. Noch in diesem Jahr soll das Planfeststellungsverfahren für die
3 Tangentialverbindung Ost (TVO) – eine über 6 Kilometer lange vierspurige
4 Hochleistungsstraße, die Treptow-Köpenick im Süden mit Marzahn-Hellersdorf an der B1/B5
5 verbinden soll - starten. Sie soll eigentlich Bewohner*innen in Karlshorst, Biesdorf und
6 Kaulsdorf vom Verkehrslärm entlasten. Doch klar ist auch: Mehr Autostraßen führen in der
7 Regel zu mehr Autoverkehr - umso mehr, wenn gleichzeitig der ÖPNV-Ausbau gestrichen wird.
8 Der aktuelle Plan sieht vor, dass für die bereits in der DDR geplante Straße knapp 15 Hektar
9 Wald vernichtet werden. Ein Teil davon sind schützenswerte Eichenwälder südlich des S-
10 Bahnhofs Wuhlheide. Zudem würde die Straße durch ein Wasserschutzgebiet und den
11 Biesenhorster Sand führen, ein Naturschutzgebiet in dem gefährdete und geschützte Tier- und
12 Pflanzenarten leben.

13 Vom 13. bis 17. Mai 2023 besetzten Klimaaktivist*innen einen Teil des betreffenden
14 Waldstücks in der Wuhlheide, um gegen die geplante Hochleistungsstraße und für eine sozial
15 gerechte Mobilitätswende zu protestieren. Sie forderten beispielsweise einen gut
16 ausgebauten, flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr, mehr Rad- und Fußwege und einen
17 sofortigen Bau- und Planungsstopp großer Straßenprojekte, wie der Verlängerung der A100. Wir
18 Bündnisgrüne teilen die Auffassung der Aktivist*innen, dass die Mobilitätswende feministisch
19 sein muss. Wir nehmen den Verzicht auf die NVT durch die neue Koalition zum Anlass, erneut
20 und bis zur nächsten LDK die Debatte innerhalb unserer Partei und mit den Menschen vor Ort
21 zu führen, um den Mobilitätsproblemen im Osten unserer Stadt wirklich wirksam zu begegnen
22 und Klarheit für die Menschen vor Ort zu schaffen.

23 Wir sehen Handlungsbedarf zur Entlastung der Treskowallee, der Köpenicker Straße und der
24 Chemnitzer Straße, um den Bedürfnissen der Anwohner*innen auf Verkehrsberuhigung und
25 Reduzierung des Verkehrslärms gerecht zu werden. Wir werden uns weiter für diese
26 verständlichen und berechtigten Anliegen der Anwohner*innen einsetzen. Ein Verkehrskonzept
27 muss dabei auf der Stadt der kurzen Wege aufbauen und für alle erreichbare
28 Versorgungsangebote und soziale Infrastruktur schaffen, damit Menschen ihr Auto stehen
29 lassen und ihre Ziele zu Fuß, mit dem Rad oder den Nahverkehr erreichen können. Gleichzeitig
30 teilen wir die Kritik, dass für Autostraßen in Zeiten der Klimakrise ein so massiver
31 Waldverlust nicht vertretbar ist. In der letzten Legislaturperiode haben wir Bündnisgrüne
32 daher für eine Nahverkehrstangente (Schienen-TVO) sowie einen Radschnellweg gekämpft und
33 einen Rufbus im betroffenen Gebiet eingeführt, um klimafreundliche Mobilität attraktiver zu
34 machen. Dies entspricht einer sozial gerechten, feministischen Mobilitätspolitik, die
35 Verkehrsmittel im Umweltverbund stärkt und Mobilitätsbedürfnisse von Menschen mit
36 Careverantwortung berücksichtigt. Dass die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD lediglich
37 eine Autostraße bauen will, zeigt erneut, dass sie großen Herausforderungen wie der
38 Klimakrise weiterhin nicht gewachsen ist. Denn nicht eine Hochleistungsstraße für Autos darf
39 im Mittelpunkt stehen, sondern die Schienenverbindung muss zentrales Element zukünftiger
40 Verkehrsbaumaßnahmen sein. Wir sehen durch aktuelle Proteste sowie das immer stärkere
41 Voranschreiten der Klimakrise den Anlass, erneut die Debatte über die beste Lösung für
42 Mobilitätsprobleme im Berliner Osten zu führen. Auch angesichts der erwartbaren

43 Kostensteigerungen auf über 500 Mio. Euro ist es nur verantwortlich zu prüfen, welche
44 Möglichkeiten es gibt, Mobilitätsziele effizienter zu erreichen und Wald zu erhalten. Zum
45 Vergleich: Für die 6,4 Kilometer lange TVO wären das über 78 Millionen Euro pro Kilometer.
46 Von diesem Geld könnten auch über 33 Kilometer Straßenbahn oder viele hunderte Kilometer
47 sichere Geh- und Radwege gebaut werden.

48 Dass der Berliner Senat die Besetzung unter Innensenatorin Iris Spranger ohne
49 Gesprächsangebot und mit einer fadenscheinigen Argumentation innerhalb kürzester Zeit räumen
50 ließ, war unverhältnismäßig und unnötig. Von den Aktivist*innen ging keine Gefahr aus,
51 vielmehr sind ihre Beweggründe in Anbetracht der Klimakrise und der insbesondere für viele
52 junge Menschen daraus folgenden existenziellen Ängste verständlich. Deshalb sind wir
53 solidarisch mit der Besetzung in der Wuhlheide.

54 Während die Polizei die Wuhlheide räumte, verwehrte sie Sanitäter*innen den Zugang zu
55 Aktivist*innen, auch die Weitergabe von Getränken und Lebensmitteln wurde untersagt. Zudem
56 wurde einem Journalisten trotz Vorzeigen seines Presseausweises der Zugang verweigert. In
57 ihrer Begründung für die Räumung unterstellte die Polizei den friedlichen Aktivist*innen
58 zudem eine „martialische Aufmachung“ und eine „militante Wirkung“, was eindeutig und
59 augenscheinlich nicht der Wahrheit entsprach. Dass bis September an besagtem Waldstück keine
60 Ersatzversammlungen durchgeführt werden dürfen, halten wir für rechtswidrig und eine
61 überzogene Einschränkung der grundrechtlich geschützten Versammlungsfreiheit. Das Berliner
62 Versammlungsfreiheitsgesetz sieht darüber hinaus explizit Versammlungen auf öffentlich
63 zugänglichen Flächen vor. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit Gefahren für die
64 Bäume und das Wasserschutzgebiet zu begründen, welche durch den Bau der TVO erheblich
65 größere und irreparable Schäden zu befürchten haben, offenbart eine Scheinargumentation, die
66 lediglich darauf abzielt, Protest von Klimaaktivist*innen zu kriminalisieren. Anstatt die
67 berechtigten Mahnungen für mehr Klimaschutz ernst zu nehmen, eine friedliche Versammlung zu
68 dulden und eine Evaluation des Vorhabens vorzunehmen, wird Aktivismus für Klimaschutz von
69 Schwarz-Rot einmal mehr als extremistisch markiert. Das Vorgehen verurteilen wir und fordern
70 eine Aufarbeitung.

71 .